

II-1486 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des NationalratesXI. Gesetzgebungsperiode

16.5.1968

766/J

Dringliche Anfrage

der Abgeordneten Probst, Ing. Scheibengraf und Genossen
an den Bundeskanzler,
betreffend die beabsichtigte Veräußerung von Hitler-Briefmarken.

-.-.-.-

Sozialistische Abgeordnete haben an den Herrn Bundeskanzler am 14. März 1968 eine Interpellation (600/J) gerichtet, in welcher der Herr Bundeskanzler gefragt wurde, ob er bereit sei, die im Gang befindlichen Vorbereitungen für eine Veräußerung von Hitler-Briefmarken, die von der Österreichischen Staatsdruckerei verwahrt werden, zu unterbinden.

In seiner Anfragebeantwortung vom 7.5. (611/A.B.) hat der Herr Bundeskanzler ausgeführt, es sei "nicht einzusehen", warum ein Verkauf dieser Bestände aus politischen Bedenken unterbleiben solle. Darüber hinaus hat der Herr Bundeskanzler die Meinung geäußert, es sei vom finanziellen Standpunkt "nicht zu rechtfertigen", auf die Verwertung dieser Marken zu verzichten.

Die unterzeichneten Abgeordneten sind der Meinung, daß die große Mehrheit der österreichischen Bevölkerung - im Gegensatz zum Herrn Bundeskanzler - sehr wohl einsieht, warum in den vergangenen 22 Jahren auf ein Geschäft mit den von der Österreichischen Staatsdruckerei verwahrten Hitler-Briefmarken verzichtet wurde.

Um zu erfahren, warum ausgerechnet die derzeitige ÖVP-Alleinregierung den Ehrgeiz hat, mit den Hitler-Briefmarken ein Geschäft zu machen, hat der erstunterzeichnete Abgeordnete gestern beantragt, über die Anfragebeantwortung des Herrn Bundeskanzlers eine Debatte abzuführen.

Da die Parlamentsfraktion der ÖVP versuchte, einer solchen Debatte auszuweichen, indem sie den Antrag niederstimmte, sehen sich die unterzeichneten Abgeordneten veranlaßt, im Wege einer dringlichen Interpellation an den Herrn Bundeskanzler nachstehende

766/J

- 2 -

Anfragen:

zu richten:

- 1) Von wem stammt die Weisung, Vorbereitungen für die Veräußerung der Hitler-Briefmarken zu treffen?
- 2) Von wann stammt diese Weisung?
- 3) Aus welchen Gründen wurde durch diese Weisung von der durch 22 Jahre hindurch geübten Praxis, auf eine kommerzielle Verwertung der Hitler-Briefmarken zu verzichten, abgegangen?
- 4) Wurde der Ministerrat mit dieser Angelegenheit beschäftigt?
- 5) Welche Anzahl von Hitler-Briefmarken beabsichtigt die Bundesregierung auf diese Art in Verkehr zu setzen?
- 6) Welchen finanziellen Erlös erhofft sich die Bundesregierung von dem beabsichtigten Geschäft mit den Hitler-Briefmarken?
- 7) Wie viele Hitler-Briefmarken befinden sich insgesamt in den Archiven der Staatsdruckerei?

-.-.-.-

In formeller Hinsicht wird beantragt, die Anfrage dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner gemäß § 71 Abs. 1 der Geschäftsordnung Gelegenheit zur Begründung zu geben.

-.-.-.-